

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 16.03.2022
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:30 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Kruse, Doris

SPD-Fraktion

Götze, Horst
Rosema, Swantje

CDU-Fraktion

Ohling, Albert

Gruppe GRÜNE feat. Urmel

Ouedraogo, Abdou

FDP-Fraktion

Meyer, Henning

GfE-Fraktion Grundmandat

Hencke, Knut

Gruppe DIE FRAKTION Grundmandat

Mennenga, Lars

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Gembler, Hella (ab 17:07 Uhr)

Kamer, Stefan

Meinen, Regina (ab 17:17 Uhr)

Beratende Mitglieder

Wilts, Elfriede

Reibe, Ulf

Sprengelmeyer, Thomas

Verwaltungsvorstand

Grendel, Volker

von der Verwaltung

Christians, Jörg

Frein, Markus

Brokamp, Jens-Peter

Oelrichs, Stephan

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Gäste

Juliane Seifert
Kaarina Siekmann
Malte Kröger-Vodde

Ev. Familien-Bildungsstätte
Ev. Familien-Bildungsstätte
Jugendparlament

Protokollführung

Bleeker, Sonja

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Kruse begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Aufgrund der Corona-Schutzmaßnahmen kündigt sie eine Lüftungspause um 18:15 Uhr an.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Kruse teilt mit, die Tagesordnung werde aufgrund der Verpflichtung der sonstigen stimmberechtigten Mitglieder gemäß § 54 (3) NKomVG erweitert.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2.1 Verpflichtung der sonstigen stimmberechtigten Mitglieder gemäß § 54 (3) NKomVG

Frau Kruse nimmt die Verpflichtung des beratenden Mitgliedes Elfriede Wilts gemäß § 54 (3) NKomVG vor.

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 1 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 25.01.2022

Beschluss: Das Protokoll Nr. 1 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 25.01.2022 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Sanierung der Kindertagesstätte Neue Heimat; Investitionskostenzuschuss
Vorlage: 18/0260

Herr Christians erläutert die o. g. Vorlage.

Frau Kruse bedankt sich für die Erläuterungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Ohling teilt mit, die CDU-Fraktion stimme der Vorlage zu. Er erkundigt sich nach dem Baum, der einen Teil der Gebäudeschäden i. H. v. rund 97 Tsd. Euro verursacht habe.

Herr Christians gibt an, die Winterlinde solle erhalten werden. Vom Fachdienst Umwelt liege ein Gutachten vor. Mit entsprechenden Maßnahmen könne sichergestellt werden, dass dieser Baum nicht weitere nachhaltige Schäden an dem Gebäude anrichte.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt, die Sanierung der Kindertagesstätte Neue Heimat in Trägerschaft der Ev.-ref. Kirchengemeinde Emden mit einem Investitionskostenzuschuss von bis zu 90.000,00 € zu bezuschussen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Antrag auf Ausweitung des Betreuungsangebotes um eine weitere Stunde
Regelöffnungszeiten in der Kindertagesstätte St. Michael
Vorlage: 18/0261

Herr Christians erläutert die o. g. Vorlage.

Frau Kruse bedankt sich für die Erläuterungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Götze signalisiert seitens der SPD-Fraktion Zustimmung. Aufgrund der Vereinbarkeit von Familie und Beruf hätten die Betreuungsbedarfe zugenommen. Verlängerte Öffnungszeiten seien insbesondere in den Morgenstunden und in der Mittagszeit wichtig. Die jährlichen Mehrkosten i. H. von 9 Tsd. Euro seien gut investiert.

Herr Ouedraogo teilt mit, die Gruppe Grüne feat. Urmel stimme der Vorlage ebenfalls zu. Er erkundigt sich nach der Möglichkeit, die Betreuungszeit nicht nur auf eine, sondern auf zwei Stunden zu erweitern. Dies sei seiner Meinung nach insbesondere für berufstätige Eltern besser.

Herr Christians antwortet, verlängerte Öffnungszeiten seien individuell je Einrichtung zu betrachten. In diesem Fall liege ein Antrag des Trägers vor, d. h. die Bedarfe in der Einrichtung seien zunächst untersucht und anschließend beantragt worden. Einen ggf. höheren Bedarf hätte die Einrichtung berücksichtigt und auch beantragt.

Herr Ohling teilt seitens der CDU-Fraktion Zustimmung mit. Er erkundigt sich, ob aufgrund der Erhöhung der Betreuungszeit um eine Stunde, d. h. 30 Stunden anstelle von 25 Stunden in der Woche, das Emdener Modell greife und demzufolge Betreuungsplätze verloren gehen würden. **Herr Christians** erklärt, es handle sich um eine verlängerte Vormittagsgruppe, somit greife dann der Beschluss des Emdener Modells.

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Beschluss: Der Antrag auf Ausweitung der Regelöffnungszeit in der Kindertagesstätte St. Michael wird bewilligt.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 7 Rund um die Geburt; - Sachstandsbericht
Vorlage: 18/0262

Herr Sprengelmeyer führt einleitend aus, in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses im März 2021 sei über die Schließung der Geburtsstation berichtet worden. Diese Situation habe für viel Aufregung und mannigfaltige Diskussionen gesorgt. In der damaligen Sitzung habe der Fachbereich 600 der Öffentlichkeit und der Politik Unterstützung von Schwangeren, jungen Eltern und Neugeborenen hier vor Ort in Emden zugesichert. Ein Ziel dabei sei gewesen, die städtischen Möglichkeiten unter einem Dach zusammenzubringen und die Unterstützungsangebote im Rahmen Frühe Chancen/Frühe Hilfen miteinander zu vernetzen. Herr Christians werde den aktuellen Sachstand „Rund um die Geburt“ vorstellen. Im Anschluss präsentieren die Mitarbeiterinnen der Evangelischen Familien-Bildungsstätte Emden das in diesem Kontext mitentwickelte Projekt „Kinnertied“.

Herr Christians informiert, dass Frau Valentin-Settgast aus gesundheitlichen Gründen den Sachstandsbericht nicht persönlich vorstellen könne. Stellvertretend erläutert er anhand einer Power-Point-Präsentation den Bericht. Diese Präsentation ist unter www.emden.de einsehbar.

Im Anschluss stellen **Frau Juliane Seifert** und **Frau Kaarina Siekmann** den Familienbesuchsdienst „Kinnertied“ vor. Dabei gehen sie auf den Ablauf, die Organisation und den Inhalt der Gespräche mit den Müttern/Eltern ein und stellen das Begrüßungsgeschenk vor. Den Abschluss bildet eine Statistik des seit Oktober 2021 tätigen Familienbesuchsdienstes. Diese Präsentation ist unter www.emden.de einsehbar.

Frau Kruse bedankt sich für die Vorstellungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Ouedraogo bedankt sich für die Vorstellung und lobt das Engagement von Frau Seifert und Frau Siekmann. Er findet, der Begriff familienfreundliche Stadt Emden passe an dieser Stelle sehr gut. Mit dem Familienbesuchsdienst bestehe die Möglichkeit, die Bedarfe der Familien zu ermitteln.

Herr Götze erkundigt sich, ob in der Statistik alle schwangeren Frauen enthalten seien oder nur diejenigen, die Kontakt aufnehmen würden. Er bittet um nähere Erläuterungen hinsichtlich der Informationsverteilung. **Frau Siekmann** erklärt, alle in Emden gemeldeten Familien würden bei der Geburt eines Kindes von der Stadt mit einem Terminvorschlag angeschrieben. Dieses Anschreiben des Oberbürgermeisters sei in verschiedenen Sprachen hinterlegt.

Herr Meyer lobt ebenfalls das Engagement und bedankt sich dafür. Er möchte wissen, ob den Eltern seitens der Stadt ein Termin vorgegeben werde. **Frau Seifert** bejaht dies, in der Regel würden Vormittagstermine vorgeschlagen. Die Familien könnten ggf. per Email oder telefonisch den Termin absagen oder verlegen.

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Herr Ohling begrüßt den Willkommensbesuch „Kinnertied“ und hofft auf einen weiterhin guten Verlauf.

Herr Sprengelmeyer erläutert, der Fachdienst Kinder und Familien habe im Vorfeld mit der Evangelischen Familien-Bildungsstätte Kontakt aufgenommen. Gemeinsam sei dieses Konzept überlegt worden, welches von Frau Seifert und Frau Siekmann sehr engagiert und mit einer hohen Fachlichkeit umgesetzt werde. Im Namen der Stadt Emden bedanke er sich dafür. Es handele sich um kein Projekt der Stadt Emden, vielmehr sei bewusst überlegt worden, einen freien Träger zu involvieren. Die Stadt liefere über das Einwohnermeldeverzeichnis lediglich die Daten aller Geburten von Eltern mit Wohnsitz in Emden.

Zudem macht er darauf aufmerksam, dass Frau Seifert und Frau Siekmann sehr gut in der Stadt vernetzt seien und Kontakte zu verschiedenen Institutionen und Einrichtungen pflegten. Damit könne die größtmögliche Unterstützung für die Familien erzielt werden.

Frau Kruse schließt sich den Worten von Herrn Sprengelmeyer an. Sie wünsche Frau Seifert und Frau Siekmann alles Gute für die weitere Arbeit.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Wahl des Jugendparlaments
 Vorlage: 18/0263

Herr Reibe informiert, die Wahl des Jugendparlaments werde online vom 02.05. bis 08.05.2022 durchgeführt. Die Verwaltung habe in Abstimmung mit dem Vorstand des Jugendparlaments den 08.05.2022 als Wahltag festgelegt. Kandidat*innen könnten sich ab sofort bis zum 04.04.2022 beim Fachdienst Verwaltungsdienste melden. Die konstituierende Sitzung sei für den 07.06.2022 terminiert. Weiter berichtet er anhand der o. g. Vorlage.

Insbesondere die Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit sei über social Media kompetent sehr aktiv. Die Jugendlichen seien zudem sehr engagiert, Kandidat*innen für die Neuwahl des Jugendparlaments zu akquirieren. Er erinnert, bei der letzten Wahl hätten sich nicht ausreichend Kandidat*innen zur Wahl aufstellen lassen. Kontakte würden innerhalb der Verwaltung gepflegt. Zudem hätten sich die Jugendlichen auch bundesweit mit anderen Jugendparlamenten vernetzt.

Die kommende Sitzung des Jugendparlaments solle eine Evaluation über die Zusammenarbeit mit Rat und Verwaltung sowie innerhalb des Jugendparlaments erfolgen. Er kündigt einen Bericht im nächsten Jugendhilfeausschuss an.

Frau Kruse bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Meyer fragt nach der Anzahl der gemeldeten Wahlvorschläge. **Herr M. Kröger-Vodde** teilt mit, Wahlvorschläge gingen zunächst an die Verwaltung. Aufgrund datenschutzrechtlicher Gründe erhalte das Jugendparlament diese Wahlvorschläge nicht. Er wisse aber von acht Personen, die ihm gegenüber Interesse bekundet hätten. Er bittet den aktuellen Stand beim Fachdienst Verwaltungsdienste nachzufragen.

Herr Meyer möchte wissen, ob in Schulen mittels Informationsstände für die Wahl geworben werde oder ob eine direkte Ansprache stattfinde. **Herr M. Kröger-Vodde** informiert, vorrangig sei über das Soziale Netzwerk Instagram gearbeitet worden, weil Jugendliche darüber aktiv seien. Auch sei vorgesehen, große Werbeplakate zu drucken und an vier Standorten in Emden aufzu-

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

stellen. Des Weiteren seien die weiterführenden sowie die berufsbildenden Schulen angeschrieben worden. Die Rückmeldung sei jedoch verhalten gewesen. Ebenfalls seien über den Stadtschülerrat einige Schülervertretungen erreicht worden.

Herr Kamer begrüßt die Gründung des Jugendparlaments. Es sei wichtig, dass sich junge Menschen politisch, ehrenamtlich und allgemein demokratisch einsetzen. Er fragt nach der Möglichkeit, ob die Mitglieder des Jugendparlaments fester Bestandteil des Jugendhilfeausschusses werden und somit direkt Informationen mitteilen könnten.

Herr Sprengelmeyer bedankt sich für die berechtigte Anregung. Bereits von verschiedenen Fraktionen sowie vom Jugendparlament selber habe es diesbezüglich Ansprachen gegeben. Jedoch sei es aus rechtlichen Gründen sehr schwierig. Deswegen habe man sich darauf verständigt, dass Vertreter des Jugendparlaments als Sachverständige in den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses einbezogen würden. Sie seien dann zwar nicht stimmberechtigt jedoch ständen zur Diskussion zur Verfügung.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Pflegekinderdienst (PKD)
Vorlage: 18/0264

Herr Frein sei erfreut, den aktuellen Sachstand des Pflegekinderdienstes (PKD) sowie einen Ausblick zu präsentieren. Das Thema Pflegekinder / Pflegefamilien sei in der Emdener Jugendhilfe ein zentrales Aufgabenfeld im Bereich der stationären Jugendhilfemaßnahmen. Durchschnittlich würden ca. 120 Emdener Kinder und Jugendliche in Pflegefamilien leben. Er weist darauf hin, dass bei den Fallzahlen die Flüchtlingswelle berücksichtigt werden müsse, da die Unterbringung in Gastfamilien auch durch die Mitarbeiter*innen des PKD begleitet worden sei. Ebenfalls müssten die Auswirkungen der Corona-Pandemie hinsichtlich der Kontakte zu Familien berücksichtigt werden. Demzufolge sei eine leichte Stagnation der Fallzahlen in den letzten zwei Jahren festzustellen.

Weiter berichtet er von einer Untersuchung des Landesrechnungshofes in 2018/2019 im Bereich Pflegekinderdienst und Pflegekinder in der Eingliederungshilfe. Bei dieser Untersuchung seien Schwerpunkte empfohlen worden, wie beispielsweise die Aufstockung von Personal. Dies sei der Ausgangspunkt für die Entwicklung der letzten Jahre gewesen. In 2021 sei die Personalstärke mit sechs Voll- und Teilzeitkräften im PKD erreicht worden. Eine weitere Empfehlung sei die Stärkung des Bereiches Öffentlichkeitsarbeit gewesen. Das Ergebnis werde von Herrn Brokamp vorgestellt. Dritter Schwerpunkt sei die Entwicklung eines Schulungskonzeptes für die Pflegeeltern gewesen. Zunächst sei hier ein Kurs durch einen externen Anbieter durchgeführt worden. Ziel sei jedoch die Erarbeitung eines eigenen Schulungskonzeptes, damit zukünftig die Schulung selber ausgeführt werden könne.

Herr Brokamp erläutert anhand einer neuen Internetseite den PKD. Ergänzend stellt er Erfahrungsberichte von aktiven Pflegeeltern mittels Filmaufnahmen vor. Die Internetseite sowie die Filme sind unter www.emden.de einsehbar.

Frau Kruse bedankt sich für die Vorstellungen und bittet um Wortmeldungen. Sie macht auf die verantwortungsvolle Aufgabe aufmerksam.

Herr Götze erkundigt sich, für welchen Zeitraum Kinder in einer Pflegefamilien verbleiben dürften und ob die Möglichkeit bestehe, dass Kinder für immer in einer Pflegefamilie untergebracht würden. Weiter fragt er nach der Möglichkeit einer Adoption für Pflegekinder. Auch möchte er wissen,

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

wie viele Kinder wieder in ein normales Leben in ihrer Herkunftsfamilie zurückgeführt würden. **Herr Brokamp** antwortet, über das 18 Lebensjahr hinaus würden Kinder in Pflegefamilien leben. Jugendhilfe könne unter bestimmten Voraussetzungen in der Regel bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres gewährt werden. Kinder würden in strittigen Fällen immer im Gerichtsverfahren beteiligt. Die Entscheidung des Kindes würde von Gerichten stark gewichtet. Eine Adoption sei nach Vorlage entsprechender Voraussetzungen möglich. Zur Rückführung von Kindern in die Herkunftsfamilie erklärt er, wenn nicht von vorneherein konkret daran gearbeitet werde, komme eine Rückführung nur in Einzelfällen vor.

Herr Sprengelmeyer unterstreicht, der Bereich werde eng vom PKD und den eingesetzten Vormündern begleitet und ein Hilfeplanverfahren werde vereinbart. Innerhalb dieser kontinuierlich stattfindenden Überprüfung würden auch die Zeiträume festgelegt. Er ergänzt, im Vordergrund stehe der Schutz des Kindes sowie dessen Entwicklungsperspektiven. Ob eine Rückführung möglich sei, würde auch von der Mitarbeit der Herkunftsfamilie abhängen. Dieser Faktor bestimme den Zeitraum. In der Regel laufe das Verfahren bis zum 21. Lebensjahr durch.

Er geht er auf die Frage von Herrn Götze ein und betont, Kinder in Pflegefamilien würden ein normales Leben führen. Er spricht den Pflegeeltern seinen großen Respekt aus. Auch im dargestellten Film sei ersichtlich geworden, dass Pflegekinder als Schwester und Bruder in einer Familie empfunden würden.

Die Anzahl von Emden Kinder und Jugendlichen, die in einer Pflegefamilie untergebracht seien, bewege sich seiner Erinnerung nach seit etwa 20 Jahren bei 120. Er weist darauf hin, dass das Finden von Pflegefamilien für eine Anzahl von 120 Kindern und Jugendlichen in einer Stadt wie Emden ein „Kunststück“ sei. Vor diesem Hintergrund seien die genannten Anstrengungen unternommen worden. Darüber hinaus würden zu den umliegenden Landkreisen Kontakte bestehen. Er lobt das Engagement des Fachdienstes Sozialer Dienst, insbesondere die Arbeit des KPD und bedankt sich dafür. Zudem gibt er an, dass sich ca. 78 Kinder in Heimen befänden. Insgesamt seien etwa 200 Emden Kinder und Jugendliche in stationärer Unterbringung.

Herr Ohling schildert seine langjährigen positiven Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit dem KPD. Er macht darauf aufmerksam, dass in einer Pflegefamilien oftmals zwei bis drei Kinder und Jugendliche untergebracht seien. Er stimme den Ausführungen von Herrn Sprengelmeyer zu, Pflegeeltern versuchten den Kindern ein normales Leben zu geben.

Herr Meyer stellt fest, dass der KPD sehr gut aufgestellt sei und begrüßt die Präsentation über das Internet. Er spricht an, dass sich Familien bereit erklärt hätten, geflüchtete Kinder und Jugendliche ohne Begleitung aus der Ukraine aufzunehmen und fragt, ob diese Familien zukünftig als Pflegefamilien dazugewonnen werden könnten.

Frau Kruse weist darauf hin, dass die Frage von Herrn Meyer unter TOP 10 „Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters“ beantwortet werde.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 10 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Jugendgruppenleiterschulung auf der Insel Juist

Herr Reibe kündigt die Durchführung einer Jugendgruppenleiterschulung auf der Insel Juist an. Anhand der Anmeldezahlen sei ersichtlich, dass aufgrund der Corona-Situation die ehrenamtliche Jugendarbeit gelitten habe. Dennoch solle die Fahrt stattfinden, damit auch die ehrenamtliche

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Jugendarbeit wieder wachsen könne. Er informiert, es seien noch Plätze frei und dass sich Interessierte melden könnten. Abschließend weist er auf das niedersächsische Aktionsprogramm „Startklar in die Zukunft“ hin. Mit diesem Aktionsprogramm würden Kinder und Jugendliche bei der Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Pandemie unterstützt. Es seien 13 verschiedene Fördermöglichkeiten entwickelt worden. Er rate jeder Institution, sich darüber zu informieren. Bei Bedarf werde die Stadt gerne unterstützen.

Situation ukrainische Kriegsvertriebene

Herr Grendel spricht das eskalierende Kriegsgeschehen in der Ukraine an und dass die Hoffnungen auf ein schnelles Ende des Krieges schwinden. Mithin seien weitaus mehr Personen aus der Ukraine geflohen. Die Anrainerstaaten könnten die geflüchteten Menschen nicht mehr aufnehmen, sodass immer mehr Menschen in Deutschland ankämen. Er möchte aufzeigen, was in den nächsten Wochen und Monaten auf die Stadt zukomme. Insbesondere möchte er den Jugendhilfeausschuss informieren, weil davon auszugehen sei, dass auch unbegleitete minderjährige Vertriebene Emden erreichen werden.

Derzeit würden sich bereits ca. 180 ukrainische Vertriebene in Emden, davon nur 10 Vertriebene von der Landesaufnahmebehörde, befinden. Von den erfassten Personen seien aktuell mehr als 50 % Kinder und Jugendliche. Die Stadt Emden verfolge wie 2016/2017 ein dezentrales Unterbringungskonzept. Es seien bereits in erheblicher Zahl Wohnungen akquiriert, besichtigt, Mietverhältnisse abgeschlossen und ausgestattet worden, weitere seien in Vorbereitung.

Es gebe Informationen, dass sich die Flüchtlingssituation in den nächsten Wochen nochmal deutlich verschärfen werde. Die zuvor freien Aufnahmekapazitäten in der Landesaufnahmebehörde seien erschöpft (ca. 3.000 Vertriebene) und in den Messehallen in Hannover würden weitere Flüchtlinge (ca. 2.000) auf ihre Aufnahme warten. Derzeit verzeichne man dort einen Zugang von ca. 300 Personen am Tag, die im Anschluss nach 4-10 Tagen auf die Kommunen weiterverteilt würden. Die Situation werde insbesondere in den größeren Städten durch den freien Zugang (Familie, Verwandte, Bekannte, Privatinitiativen) nochmal deutlich verschärft. Menschen aus der Ukraine können visafrei in Europa und Deutschland reisen. Die Zuständigkeit in der Flüchtlingshilfe entstehe erst mit Erklärung und Antragstellung durch die Personen selbst.

Eine Umverteilung werde von diesen gefordert und derzeit über den Bund auf Basis des so genannten Königsteiner Schlüssels auf die Länder und nachfolgend auf die Kommunen (Einwohnerzahl, Finanzkraft) vorbereitet.

Im Rahmen der Massenstrom-Richtlinie der EU komme weitestgehend ein vereinfachtes Verfahren zur Anwendung, dass einen Asylantrag entbehrlich mache. Dies bedeute aber auch, dass die zuvor bei den Landesaufnahmebehörden liegende Registrierungsaufgabe nunmehr bei den Kommunen liege. Das Verfahren erfolge in mehreren Schritten, an denen sowohl die Ausländerbehörde (FD 432) und die Flüchtlingshilfe (FD 550.2) im Wechsel beteiligt seien. Nach Zuweisung durch die Landesaufnahmebehörde würden die Menschen eine zunächst 1-jährige Aufenthaltserlaubnis (§ 24 AufenthG) und unmittelbar die Arbeitserlaubnis erhalten.

Im Ergebnis müsse mit Zuweisungen in erheblichem Umfang gerechnet werden, sodass zukünftig nicht immer zeitgerecht ausreichend dezentraler Wohnraum zur Verfügung sein werde.

Zur Kompensation werde in der Barenburgschule ein Ankunftszentrum eingerichtet, um die Zugangsprozesse weiter zu optimieren.

Im Schulterschluss mit den Hilfsorganisationen, den Wohlfahrtsverbänden und den Kirchen werde dieses Ankunftszentrum gemeinsam betrieben. Das angedachte Konzept werde derzeit

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

abgestimmt. Es handele sich hier über einen Umfang von zunächst 50, maximal 100 Plätzen und einer Aufenthaltsdauer von regelmäßig maximal einem Monat. Die direkten Anlieger seien entsprechend informiert worden. Auch der Bürgerverein werde unterrichtet.

Aus der Emdener Bevölkerung erreichte der Fachdienst Gemeinwesen über #emdenhilft unzählige Angebote zu Sach-, Zeit- aber auch Geldspenden und sonstige Unterstützungsangebote. Darauf sei man in den nächsten Wochen angewiesen und sehr dankbar dafür. Im Kulturbunker werde eine Info-Veranstaltung für die ehrenamtlichen Helfer stattfinden.

Wie immer in entsprechend dynamischen Situationen erfordere die sich verändernde Lage, aber auch die rechtlichen Konkretisierungen eine permanente Anpassung.

Es gebe ein Team von 8 Personen, dass zeitgleich Wohnungsangebote auswerte, Wohnungen besichtige, Mietverträge schließe, Wohnungen mit Möbeln und Grundversorgung ausstatte, Vertriebene registriere, Fragen beantworte, Leistungsbescheide erstelle, Barschecks ausfertige, die Einweisung in den Wohnraum vollziehe und parallel die Prozesse regelmäßig im Kontext mit den rechtlichen Gegebenheiten optimiere. Dieses Szenario zeige auf, was in den Teams derzeit geleistet werden müsse und geleistet werde. Er macht deutlich, bedingt durch die Corona-Pandemie befinde man sich mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine in einer zweiten Krise. Die personellen und finanziellen Ressourcenverbräuche seien mittlerweile so hoch, dass Priorisierungen notwendig seien. Im Moment sei die Situation noch leistbar, dennoch gebe es Sorgen, dass es zu Situationen komme, die andere Städte teilweise schon hätten. Die Stadt Osnabrück müsse beispielsweise aufgrund der hohen Anzahl an Vertriebenen bereits auf Notunterkünfte ausweichen.

Herr Sprengelmeyer wiederholt, bei den erfassten 180 Personen seien aktuell mehr als 50 % Kinder und Jugendliche. Er informiert, aktuell werde an der Volkshochschule eine Zentrale eingerichtet. Dort werde eine Betreuungssituation für Mütter mit jungen Kindern eingerichtet. Weiter werde eine Bildungsberatung geschaffen, dafür werde eine Kompetenzfeststellung im schulischen sowie im psychischen Kontext durchgeführt. Die Zentrale werde durch eine ärztliche Beratung und Versorgung ergänzt. Er gehe von einem Start in der kommenden Woche aus.

Zum Thema unbegleitete minderjährige Flüchtlinge führt er aus, am 08.03.2022 habe in der Nordseehalle eine Informationsveranstaltung für interessierte Emdener Bürger*innen stattgefunden. Die Veranstaltung sei von etwa 200 Menschen wahrgenommen worden. Dieses große Interesse sei positiv überraschend gewesen. 54 Familien hätten schriftlich bekundet, dass sie als Gastfamilien zur Verfügung stehen würden. Er bittet Herrn Frein um Beantwortung der Frage von Herrn Meyer, ob man aus diesen Familien auch Pflegefamilien für den KPD rekrutieren könne.

Herr Frein weist auf die andere Situation, Motivation und Betroffenheit hin, die Emdener Bürger*innen dazu gebracht habe, sich als Gastfamilie zur Verfügung zu stellen. Es könne nicht vorausgesetzt werden, dass solche Familien dann auch 1:1 für andere Kinder und Jugendliche zur Verfügung ständen.

Herr Sprengelmeyer erinnert an eine ähnliche Situation in der Vergangenheit. Seinerzeit habe es Bereitschaft im Einzelfall gegeben. Er unterstreicht, dass die städtischen Bereiche ausgesprochen gut intern als auch extern mit den freien Trägern zusammenarbeiten würden und dass man für die kommende Zeit sehr gut aufgestellt sei.

Sachstand Workcamp St. Désir

Herr Sprengelmeyer teilt mit, seit mehr als 54 Jahren würde die Stadt Emden das Workcamp mit Jugendlichen in St. Désir durchführen und eine hochqualifizierte Erinnerungsarbeit leisten.

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Seit dem Jahr 1989 würden auch 10 Jugendliche aus Emdens russischer Partnerstadt Archangelsk teilnehmen. Alle Beteiligten in Emden und Archangelsk seien von der Entwicklung in der Ukraine sehr betroffen. Vor diesem Hintergrund sei es wichtig, in diesem Jahr das Workcamp St. Désir durchzuführen.

Herr Oelrichs informiert über den Planungsstand des Workcamps St. Désir. Aufgrund der Corona-Pandemie habe das Workcamp und somit die Friedensarbeit in den letzten beiden Jahren nicht stattfinden können. Dennoch sei ein kleines Team in den beiden Sommern in die Normandie gereist, um die Reinigungsarbeiten an den Kriegsgräbern in St. Désir vorzunehmen. Das Workcamp bedeute für die Jugendlichen drei Wochen Normandie und Geschichte zum Anfassen. In den vergangenen Jahren seien die Gräber auf einer deutschen Kriegsgräberstätte mit etwa 10 Tsd. gefallen Soldaten mit 35 bis 40 Jugendlichen gepflegt worden. Ein Austausch mit den Franzosen finde statt.

Nach Rücksprache mit der Fachbereichsleitung 600 und dem Oberbürgermeister sei besprochen worden, sich aufgrund des russischen Angriffskrieges in der Ukraine nicht bremsen zu lassen. Vielmehr sei die Meinung, dass ein größeres Zeichen für Frieden in diesem Sommer nicht gesetzt werden könne.

Aktuell werde auf einen Förderbescheid seitens des Landes gewartet. Sollte dieser positiv ausfallen, würden die Kosten der Fahrt pro Teilnehmer*in 200 Euro betragen. Aufgrund der aktuellen Kriegssituation könnten die russischen Teilnehmer*innen in diesem Jahr nicht teilnehmen. Dennoch würden fünf junge Erwachsene aus Russland, die aktuell in Deutschland lebten und vormals im Leitungsteam bzw. Teilnehmer*innen des Workcamps gewesen seien, das Workcamp wieder unterstützen.

Weiter solle eine Teilnahme auch für interessierte Jugendliche aus der Ukraine ermöglicht werden. Die Nachfrage von hiesigen Jugendlichen sei ebenfalls groß.

Das Workcamp in St. Désir werde in Kooperation der Bundeswehr und dem Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge durchgeführt. Aufgrund der Ukraine-Situation könne die Bundeswehr jedoch aktuell nur die Zusage für einen Bus sowie einen Fahrer geben. Alle anderen Ausfälle der Bundeswehr könnten mit Ehrenamtlichen kompensiert werden.

Frau Kruse bedankt sich für die Erläuterungen.

Herr Sprengelmeyer ergänzt, nach guter Tradition würden Vertreter*innen des Emdener Rates an einem Wochenende nach St. Désir reisen um das Workcamp zu besuchen. Die Ratsfahrt werde vom 28.07. bis 01.08.2022 stattfinden. Er sei erfreut fast 40 Anmeldungen für diese Fahrt vorliegen und auch neue Fraktionen des Emdener Rates daran teilnehmen würden. Dies sei ein wichtiges Zeichen der Solidarität und Friedensarbeit in Emden. Dafür bedankt er sich herzlich bei den Mitgliedern des Rates.

Herr Grendel weist darauf hin, dass die vielen Hilfen aus der Emdener Bürgerschaft über das Projekt „Emden hilft“ koordiniert würden. Dort könnten Bürger*innen in wenigen Schritten ihre Hilfe anbieten und sich als Helfer*in registrieren lassen.

Herr Ouedraogo meint, mit der Durchführung des Workcamps werde insbesondere in dieser Situation ein positives Signal gesetzt. Das Festhalten daran diene auch der Zukunft. Er lobt das Engagement und bedankt sich dafür.

TOP 11 Anfragen

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Es werden keine Anfragen gestellt.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.